

04. April 2015

Deutschland als Globalisierungsgewinner

Auch wir müssen unseren Beitrag zur Stabilisierung der internationalen Ordnung leisten

- Die außenwirtschaftlich stark exponierte Stellung war aus Sicht der deutschen Wirtschaft lange überhaupt kein Problem.
- Krisen und Bedrohungen zwingen die Unternehmen nun, sich auf eine veränderte Situation neuer Unordnung einzustellen.
- Die deutsche Wirtschaft muss sich in kritischen außenpolitischen Fragen positionieren – getreu den Prinzipien, auf deren Fundament unsere Marktwirtschaft aufbaut.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer weiß das eigentlich in unserem globalisierungskritischen Land? Deutschland zählt zu den Gewinnern der Globalisierung. Wahrscheinlich sprechen wir einfach zu selten über diesen Erfolg. Vielleicht überlassen wir den Gegnern der Globalisierung zu oft das Wort.

Dabei sprechen die Fakten für sich. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung wuchs das reale Durchschnittseinkommen der Einwohner Deutschlands dank der zunehmenden internationalen Verflechtung zwischen 1990 und 2011 jährlich um 1240 Euro. Die Globalisierung war in diesen zwölf Jahren für etwa 20 Prozent des Wachstums in Deutschland verantwortlich. Auf einer Liste der Globalisierungsgewinner rangiert die deutsche Volkswirtschaft laut Bertelsmann-Stiftung auf Rang drei. Exporte erwirtschaften 50 Prozent des deutschen BIP; die Außenhandelsquote (Anteil von Exporten plus Importen am BIP) erreichte in den vergangenen Jahren durchschnittlich 76 Prozent; der Bestand deutscher Auslandsinvestitionen lag zuletzt bei annähernd 1,2 Billionen Euro, fast die Hälfte davon außerhalb der EU.

[Hier können Sie diesen Executive Letter als PDF herunterladen](#)

Dieser Erfolg gehört zum Großteil Ihnen: Ihre Unternehmen integrieren sich in globale Wertschöpfungsnetzwerke, nutzen Chancen in aufstrebenden Märkten und bieten einen bedarfsgerechten Mix hochwertiger Produkte.

Ein weiterer wesentlicher Faktor für die internationalen Erfolge deutscher Unternehmen war die Öffnung zahlreicher großer Märkte für Handel und Investitionen. Die deutsche Wirtschaft profitierte enorm von einem stabilen Investitionsumfeld in Mittelosteuropa, das durch die Aufnahme der dort liegenden Länder in die EU und die NATO entstand; von der marktwirtschaftlichen Öffnung der Nachfolgestaaten der Sowjetunion und von China; sowie von der Abkehr vieler Länder von sozialistisch oder planwirtschaftlich inspirierten Modellen. Dazu zählen vor allem Indien und weitere große Schwellenländer in Asien, Lateinamerika und Afrika.

Neue Risiken

Der Ausbau des europäischen Binnenmarkts und die Etablierung der Euro-Zone schufen einen großen und stabilen Heimatmarkt. Zudem konnte sich die deutsche Wirtschaft darauf verlassen, dass die USA als internationale Ordnungsmacht den Zugang zu kritischen energetischen Rohstoffen und die Sicherheit strategisch bedeutsamer Handelswege garantierte. Internationale Institutionen wie Vereinte Nationen, Internationaler Währungsfonds oder Welthandelsorganisation handelten auf Grundlage westlich geprägter Wertvorstellungen. Es gab freien Zahlungs- und Warenverkehr, stärkere Individualrechte und Rechtsstaatlichkeit. Deshalb war aus Sicht der deutschen Wirtschaft ihre außenwirtschaftlich stark exponierte Stellung, für die oben genannte Zahlen stehen, überhaupt kein Problem.

Allerdings wird die Gewissheit, in einer Welt zu leben und zu wirtschaften, die im Wesentlichen sicher und geordnet ist, immer mehr in Frage gestellt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise erschütterte erst das Vertrauen in marktwirtschaftliche Grundprinzipien – und in der Folge die Stabilität des Euro-Raums. Schauen Sie nach Griechenland: Mittlerweile stellt die anhaltende Krise das Regelwerk und die Einheit der EU in Frage. Die Bürgerkriege in Syrien, Irak und neuerdings auch in Jemen und deren Verbindung mit regionalem und internationalem islamistischen Terror setzen fundamentale Werte der westlichen Welt einem Belastungstest aus. Zudem könnten sie die Ölversorgung Europas gefährden. Russlands Annexion der Krim und die Unterstützung der Separatisten in der Ost-Ukraine sind die bisher größte Herausforderung der europäischen Friedensordnung nach dem Ende des Kalten Kriegs. Unter dem Eindruck dieser Krisen fast unbeachtet, spielen sich Flüchtlingsdramen im Mittelmeer ab, die zusätzlich dokumentieren, wie sehr die Welt in Unordnung geraten ist – und wie wenig sich Europa abschotten kann.

Es waren viele deutsche Unternehmen, die am enormen wirtschaftlichen Aufstieg Chinas mitgewirkt haben. Dieser Aufstieg führt nun zu einem legitimen Anspruch, die internationale Ordnung mitzugestalten. Dabei werden westlichen Wertvorstellungen von Marktwirtschaft und individuellen Eigentumsrechten,

Wettbewerb, Freiheit und Demokratie zum Teil dezidiert eigene gegenüber gestellt: eine gesteuerte Wirtschaft, der Vorrang von Kollektiv- gegenüber Individualrechten, Harmonie als Ordnungsprinzip, ein zentralistischer Einparteiensstaat. Das neue Selbstbewusstsein Chinas äußert sich auch im Behauptungswillen bei Grenzstreitigkeiten mit seinen Nachbarn.

Zugleich realisieren die USA immer mehr die Grenzen ihrer politischen und militärischen Kraft. Experten sprechen bereits von einem neuen Zeitalter der Einschränkung in der amerikanischen Außenpolitik. Es wird durch eine wachsende Unabhängigkeit von Energieimporten ermöglicht und durch eine isolationistische Grundstimmung in der Bevölkerung befördert. Parallel dazu haben staatliche und nichtstaatliche internationale Organisationen immens an Einfluss und Gestaltungskraft verloren.

Höhere Robustheit

Krisen scheinen die neue Normalität zu sein. Nimmt man die Bedrohungen, die Staaten und Unternehmen aus Cyberattacken erwachsen, hinzu, komplettiert sich das Bild der neuen Risiken. Selbst für lange Zeit so sicher geglaubte Inseln wie Europa gleiten in die Instabilität. Das wirft die Frage auf, wie sich die deutsche Wirtschaft auf diese Entwicklungen einstellt und was sie zu deren Überwindung beitragen kann.

Die erste Aufgabe für global agierende Unternehmen in der neuen Welt der Unordnung ist es, nationale, regionale und internationale Gefährdungspotenziale rechtzeitig zu erkennen und Risiken richtig einzuschätzen. Es wäre falsch, auf regionale Gefährdungen und Unsicherheiten mit dem Rückzug aus der Globalisierung und der Re-Nationalisierung von Wertschöpfungsnetzwerken zu antworten. Warum? Auf lange Sicht ist nicht erkennbar, dass die alternden Gesellschaften und reifen Märkte Europas der deutschen Industrie jene Wachstumsimpulse liefern, die sie braucht, um einen industriellen Niedergang zu vermeiden, wie es ihn in anderen europäischen Volkswirtschaften leider gab.

Statt auf Rückzug zu setzen, müssen Unternehmen ihre Robustheit erhöhen: durch weitere Diversifizierung bei Zulieferern und Abnehmern, Schutz vor Cyberangriffen, die Erschließung neuer Märkte vor allem in Lateinamerika und Afrika sowie den Ausbau alternativer Handelswege und Transportmittel. Sicherlich bietet auch die zunehmende Digitalisierung von Produktion und Wertschöpfungsnetzwerken große Chancen, Anfälligkeiten zu verringern. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden und kurzfristige Nachfrageschwächen ausgleichen.

Zur Erhöhung der Robustheit gehört es allerdings auch, langfristig zu erwartende Marktverzerrungen vorwegzunehmen und das unternehmerische Verhalten entsprechend auszurichten. Nach meiner Überzeugung ist beispielsweise damit zu rechnen, dass die gegenwärtige Entspannung an den Rohstoffmärkten nur zeitweiliger Natur sein wird. Schon bald dürfte das Thema Rohstoffsicherheit angesichts der Knappheit einiger kritischer Rohstoffe sowie des strategischen

Verhaltens Chinas und anderer Marktteilnehmer wieder eine große Rolle spielen. Es ist für unsere Unternehmen wichtig, rechtzeitig die richtigen Weichen zu stellen.

Jenseits der betriebswirtschaftlichen Ebene muss die Wirtschaft nach meiner Überzeugung auch ihre außenpolitische Bedeutung begreifen, mit der sie selbstbewusst, aber auch verantwortungsbewusst umzugehen hat – und dies in mehrfacher Hinsicht. Es ist hilfreich, wenn die deutsche Wirtschaft ihre Interessen in der Gestaltung der Außenbeziehungen klar und offen artikuliert: nicht nur in der Außenwirtschafts- und Handelspolitik, sondern auch generell in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Positionierung der deutschen Wirtschaft in kritischen außenpolitischen Fragen war schon immer ein wichtiger Faktor für die deutschen Außenbeziehungen. Mit der Führungsrolle, die Deutschland zunehmend von seinen Partnern und anderen zugemessen wird, bekommt diese Positionierung zusätzliches internationales Gewicht. Sie muss vor allem auf Basis der liberalen und marktwirtschaftlichen Grundorientierung der deutschen Wirtschaft erfolgen. Keineswegs kann die Position ausschließlich dem unmittelbaren unternehmerischen Interesse unterworfen werden.

In Osteuropa geht es darum, die Stärke des Rechts durchzusetzen. Die einseitige Annexion des Gebietes eines anderen Staates sowie die militärische Unterstützung von Separatisten ist eine grundlegende Verletzung völkerrechtlicher Prinzipien. Hier haben kurzfristige betriebswirtschaftliche Erwägungen zurückzustehen. Zudem: Ein Staat, der leichthin völkerrechtliche Abmachungen bricht, ist wenig geneigt, seinen Bürgern und Unternehmen unbedingte Rechtssicherheit zu gewähren. Deutsche Unternehmen, die lange im Russland-Geschäft tätig sind, haben zahlreiche negative Erfahrungen gemacht. **Wenn militärische Mittel als Antwort auf Völkerrechtsverstöße ausscheiden und diplomatische ihre Wirkung verfehlen, sind wirtschaftliche die einzigen, die verbleiben.** Lassen Sie es mich klar formulieren: Signale aus der deutschen Wirtschaft, dass das Verhalten der russischen Regierung nachvollziehbar oder gar gerechtfertigt sei, tragen definitiv nichts zur Konfliktbeilegung oder gar zur Wiederherstellung der europäischen Friedensordnung bei.

Bewährte Prinzipien

Aber auch in anderen eminent politischen, weniger konfliktträchtigen Fragen müssen sich deutsche Wirtschaftsvertreter der Signale bewusst sein, die sie aussenden: Es ist sicherlich nachvollziehbar, dass sich Unternehmer von der Schnelligkeit und Handlungsfähigkeit der chinesischen Regierung beeindruckt zeigen – erst recht, wenn sie sich den Entscheidungsschwierigkeiten demokratischer Prozesse und den Umsetzungsdefiziten einer auf Beteiligung ausgerichteten Verwaltung ausgesetzt sehen. Wer aber staatliche Fünf-Jahres-Pläne und planwirtschaftliche Eingriffe lobt, muss sich bewusst sein, dass diese im Widerspruch zu Prinzipien stehen, auf deren Fundament unsere marktwirtschaftliche Ordnung aufbaut. Nur diese Ordnung nimmt Rücksicht auf die Interessen einzelner Unter-

nehmen und der Privatwirtschaft generell.

Zwei weitere Aufgaben resultieren aus meiner Sicht für die deutsche Wirtschaft aus ihrer neuen Bedeutung: Sie muss einen Beitrag zur Stabilisierung der beiden zentralen und bisher verlässlichsten Ordnungsgaranten, der EU und der transatlantischen Beziehungen, leisten; und sie muss die Gestaltung der internationalen Wirtschaftsordnung als wichtigen Auftrag begreifen.

Die EU als großer Heimatmarkt und in ihr vor allem die Euro-Zone waren bisher für die deutsche Wirtschaft von enormem Nutzen. Entsprechend verantwortungsbewusst hat sie sich in ihrer Haltung zum Schicksal der Krisenländer gezeigt. Es wäre gefährlich, wenn die Unterstützung für eine Beibehaltung der Euro-Zone in ihrer bestehenden Form besonders bei jenen kleinen und mittleren Unternehmen bröckeln würde, die ihre Kunden vor allem innerhalb Deutschlands sehen. Ähnliches kann im Falle der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) beobachtet werden. Dabei verkennen die Kritiker von Euro und TTIP auf Unternehmensseite, dass ein Großteil ihrer Geschäftskunden in der Wirtschaft außerordentlich vom Europa- und internationalen Geschäft abhängt. **Die deutsche Wirtschaft braucht Europa und den amerikanischen Markt als sichere Häfen, von denen aus sie international operieren kann.**

Europäische Interessen

Die Bedeutung Europas und der transatlantischen Beziehungen erschöpft sich aber nicht darin. Im Zeitalter der Globalisierung wird die Fähigkeit, internationale Standards zu setzen, immer entscheidender für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Dies betrifft Standards in Bezug auf den Ordnungsrahmen, in dem sich Wirtschaft bewegt, aber auch Standards rein technischer Natur. Der zunehmende internationale Gestaltungswille Chinas könnte den Ordnungsrahmen, auf dem der Erfolg deutscher Unternehmer beruht, erschüttern: freier und fairer Wettbewerb, Vorrang für privatwirtschaftliches Handeln, Schutz von Eigentumsrechten, Einhaltung von Umwelt- und Arbeitsschutzstandards. Zudem befähigen die Größe und Dynamik des chinesischen Marktes sowie zentralistische staatliche Steuerung Peking immer mehr, technische Standards zu setzen. Die deutsche Wirtschaft hat in diesem Umfeld nur dann die Chance, ihre Interessen zu behaupten, wenn sie sich im europäischen Verbund bewegt und die Abstimmung mit den USA sucht.

Um das klar zu machen: Mir geht es keineswegs darum, Allianzen gegen andere Nationen zu suchen! Ziel ist es vielmehr, durch die Stärkung der EU und den Abschluss von TTIP die relative Verhandlungsposition im anstehenden Aushandlungsprozess globaler Standards zu verbessern. **Unsere Unternehmen müssen Standardsetzer bleiben. Sie dürfen nicht zum Standardnehmer absteigen.**

Die Alternativen zu einer globalisierten, zusammenwachsenden Welt sind abschreckend: Rückfall in nationalistische Abschottung und Blockbildung, weiter

um sich greifende Anarchie und Auflösung. In diesem Umfeld könnte die deutsche Wirtschaft, könnten Ihre Unternehmen nicht florieren.

Klare Regeln

Die deutsche Wirtschaft hat von der Globalisierung profitiert. Gleichzeitig droht der Rahmen, in dem sie dies tun konnte, aus den Fugen zu geraten. Deshalb meine ich: Nein zum Bruch von Völkerrecht, Ja zum entschlossenen Entgegengetreten. Nein zur Schwächung, Ja zur Stärkung von EU und – mithilfe von TTIP – unseren transatlantischen Beziehungen.

Zusätzlich müssen sich deutsche Unternehmer künftig noch stärker an Foren und Verbänden beteiligen, in denen globale Standards diskutiert und ausgehandelt werden. Ob ICANN oder Industrial Internet Consortium, ob G20/B20 oder COP, ob BIAC oder Business Europe: Deutsche Unternehmer sind oft im Vergleich zu ihren angelsächsischen Kollegen und auch zu jenen aus aufstrebenden asiatischen Ländern insbesondere in globalen Gremien deutlich unterrepräsentiert. Bitte ändern Sie dies, beteiligen Sie sich, werden Sie aktiv.

Der unmittelbare Kosten-Nutzen-Effekt eines Engagements in diesen Foren mag schwer zu berechnen sein. Aber diese Schaltstellen setzen den Rahmen für die nationale Politik, etwa im Klimaschutz, bei Fragen der Steuergerechtigkeit oder in der Regulierung. Denn so wie die deutsche Wirtschaft durch Globalisierung gewinnt, profitiert auch die Welt von den Leistungen der deutschen Wirtschaft. **„Made in Germany“ steht nämlich auch für ressourcenschonende, energieeffiziente und hochtechnologische Lösungen und Produkte für die drängenden Probleme dieser Welt:** Ressourcenmangel, Ernährung, Klimawandel, Gesundheit, Urbanisierung. Die deutsche Industrie entwickelt stetig „best-practice“-Lösungen und will diese auf offenen Märkten in die Welt bringen. Deshalb lohnt unser Engagement für Internationalisierung, für klare Regeln und für freien Handel.

Ich wünsche Ihnen frohe Ostertage!



Ulrich Grillo
Präsident
Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.